



**Liebe Leserinnen und Leser,**  
die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft ist die grundlegende ökologische, soziale, wirtschaftliche und friedenspolitische Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Erneut gestiegener CO<sub>2</sub>-Ausstoß, fortschreitende Ressourcenverknappung, bestehende und drohende Verteilungskämpfe machen es immer nötiger einen neuen „Gesellschaftsvertrag“ zu vereinbaren. Dieser (gedachte) Rahmen hat gemeinsam getragene Leitlinien einer generationsüber-

greifenden Nachhaltigkeitsstrategie zu benennen. Einfach ist das nicht: Zielkonflikte sind zu verhandeln, festgefahrene Bilder in den Köpfen sind zu „verflüssigen“, Säulen-Denken ist zu überwinden. Dennoch: wir brauchen einen breiten Dialog in unserer Gesellschaft. Auch die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau beteiligt sich daran, z. B. mit der Aktion „Auf geht’s! Den Wandel gestalten“. Es gehört zum Selbstverständnis reformatorischer Theologie, dass

Christinnen und Christen nicht nur Verantwortung für ihr eigenes Leben, sondern auch für die Gesellschaft übernehmen. Es geht um die Verantwortung für Gottes sichtbare und unsichtbare Schöpfung und um das Leben aller Menschen in Würde und gerechter Teilhabe in generationsübergreifender Verantwortung.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre

Ihr Christian Schwindt



HINTERGRUND

## Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation

Warum, Was, Wie?



»Die Weichen für diese große Transformation sollten im nächsten Jahrzehnt gestellt werden.«

Dr. Inge Paulini

### Die große Transformation zur Nachhaltigkeit

Wie nie zuvor verändern wir Menschen den Planeten auf dem und von dem wir leben. Wir nutzen zu viele Ressourcen und produzieren zu viele Abfallprodukte, wir überschreiten die Tragfähigkeit unseres Planeten für unsere menschliche Zivilisation. Um zukunftsverträglich und nachhaltig zu leben, brauchen wir eine große Transformation. Das bedeutet: Umbau unserer Wirtschafts-, Produktions- und Lebensweisen, mit dem Ziel eines menschenwürdigen Lebens für alle Menschen. Leitlinie sollte die Achtung der Grenzen des Planeten ebenso sein, wie das Recht auf Entwicklung, Bildung und gesellschaftliche Teilhabe für alle.

Dem Klimaschutz kommt eine besondere Bedeutung zu, denn ohne eine Begrenzung des Klimawandels werden die Existenzgrundlagen heutiger und zukünftiger Generationen gefährdet. Wenn wir den Klimawandel stoppen wollen, müssen wir aufhören, Öl, Kohle und langfristig auch Gas zu verbrennen, und



Quelle: © Jacoby & Stuart

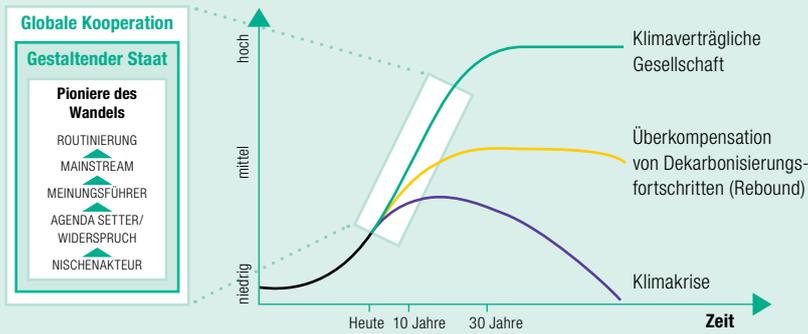
vor allem die Energiesysteme, aber auch die Landnutzung klimaverträglich umbauen.

Die Weichen für diese große Transformation sollten im nächsten Jahrzehnt gestellt werden, der Umbau sollte möglichst in einem halben Jahrhundert erfolgt sein. Das ist ein Mehr-Generationenprojekt. Es erfordert immense Anstrengungen – aber es ist für ein zukunftsverträgliches, gutes Leben weltweit unausweichlich.

### Gesellschaftsvertrag für die Transformation

Für diese Transformation ist ein (Ordnungs)Rahmen erforderlich, der dem Ziel verpflichtet ist, die natürlichen Lebensgrundlagen für heutige und zukünftige Generationen zu erhalten, und der hilft, die gesellschaftliche Entwicklung zu gestalten. Um diesen Rahmen zu „vereinbaren“ bedarf es eines breiten gesellschaftlichen Dialogs, der in einem demokratischen Konsens zu den Kernfragen des Zusammenlebens und der Ausgestaltung unserer weiteren Entwicklung mündet. Diesen

# Zeitliche Dynamik und Handlungsebenen der Transformation



**Links:** Der gestaltende Staat und die Pioniere des Wandels sind die zentralen Akteure. Die Pioniere verlassen ihre Nische und entfalten Breitenwirksamkeit durch gesellschaftliche Routinierung.

**Rechts:** Die entscheidenden Weichen müssen innerhalb der nächsten zehn Jahre gestellt werden. Der nachhaltige Pfad (grün) schafft den Übergang von der fossilen zur klimaverträglichen Gesellschaft rechtzeitig. Durch Mehrverbrauch können Klimaschutzmaßnahmen aber auch überkompensiert werden, so dass die Transformation scheitert (gelb). Werden nur schwache Anstrengungen unternommen, droht eine globale Klimakrise (rot).

Fortsetzung von Seite 1

Konsens bezeichnet der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) als Gesellschaftsvertrag. Es geht dabei nicht um einen geschriebenen Vertrag, sondern um eine „gedachte Übereinkunft“. Dieser Gesellschaftsvertrag muss Fairness, Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich berücksichtigen, und zwar weltweit. Der gestaltende Staat ist das zentrale Element im Gesellschaftsvertrag. Er beteiligt Bürger und die gesamte Zivilgesellschaft verstärkt an Entscheidungen. Er setzt sich klare Ziele für eine nachhaltige Entwicklung und stellt die großen Weichen entsprechend. Damit sorgt er für Planungs- und Investitionssicherheit – für Bürger, Unternehmen und Verbände.

### Gesellschaftsvertrag mit Leben erfüllen

Die Ausgestaltung der Transformation ist ein gesamtgesellschaftlicher Such- und Lernprozess. Die Gestaltung obliegt zwar hauptsächlich der Politik, diese kann aber nicht alleine handeln: Es bedarf der aktiven Beteiligung vieler, damit wir unsere Zukunft demokratisch und gemeinsam gestalten. Es braucht



also vor allem mündige, verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger, die einen Staat wollen, der Zukunftsverantwortung übernimmt, und die den Wandel aktiv unterstützen.

Auch die Unterstützung der Kirchen ist dafür unerlässlich. Sie sind eine ganz wesentliche überparteiliche Stimme für grundlegende Fragen, wie das faire und friedliche menschliche Miteinander, die soziale Gerechtigkeit und der Erhalt der Schöpfung. Sie haben die Kraft, Diskurse über ein zukunftsfähiges Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell und zu Veränderungsprozessen zu führen und dazu, wie diese sich mit einem guten Leben vereinbaren lassen.

Großes Engagement Einzelner und von Institutionen ist bereits vielfach zu beobachten: Wir erleben, wie sich viele an der bereits laufenden Transformation beteiligen, etwa beim Energieverbrauch, ihrer Ernährung, ihrer Mobilität und vielem mehr. Hier sind die Kirchen als Institutionen bereits Pioniere des Wandels, indem sie ihr Tun nachhaltig ausrichten. Sie können (noch stärker) dazu beitragen, das Bewusstsein für die Notwendigkeit eines transformativen Wandels in die Breite zu tragen. So können Grundlagen für informierte, demokratische Debatten und Teilhabe gelegt werden. Dann (erst) kann jede und jeder an seinem Platz, beruflich wie privat, die Augen für die Möglichkeiten zum Wandel offen halten; so kann gemeinsam die Kreativität, kann die Kraft für Zukunftskonzepte und den demokratischen zukunftsverträglichen Wandel gesteigert werden. Und so wird der Gesellschaftsvertrag mit Leben gefüllt!

**Dr. Inge Paulini** | Generalsekretärin des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), Berlin

## INFORMATION

### Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)

Die Notwendigkeit einer Großen Transformation leitete der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) in dem Gutachten „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ (2011) ab.

richtet und hat unter anderem die Aufgabe, globale Umwelt- und Entwicklungsprobleme zu analysieren und Lösungen vorzuschlagen. Im genannten Gutachten legte der WBGU viele Empfehlungen vor, wie die Transformation gelingen kann.

Dieser Beirat wurde 1992 im Vorfeld der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung („Erdgipfel von Rio“) von der Bundesregierung als unabhängiges wissenschaftliches Beratergremium einge-

Dieser Text basiert auf dem WBGU-Hauptgutachten „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“, 2011, und zugehörigen WBGU-Factsheets, zu finden auf [www.wbgu.de/hauptgutachten/hg-2011-transformation](http://www.wbgu.de/hauptgutachten/hg-2011-transformation).

# Heute muss investiert werden

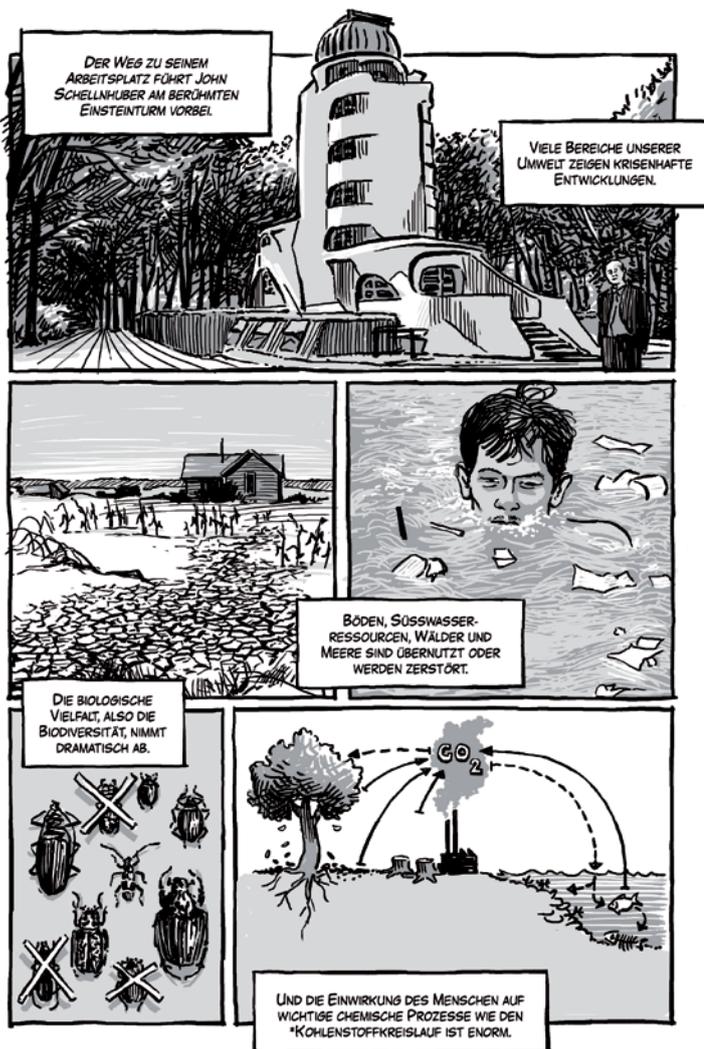
## Nachhaltigkeit ist kein Sparprogramm

➔ Nachhaltige Politik zur Erhaltung der Lebensgrundlagen auf der Erde muss heute vor allem Klimaschutzpolitik sein (siehe dazu Beitrag Paulini). Dass der dafür notwendige tiefgreifende Wandel in der Produktion ebenso wie in Konsummustern und Lebensstil nicht allein durch einige technische Neuerungen zu erreichen sein wird, ist inzwischen vielfach festgestellt worden. Tatsächlich erweist es sich aber bisher als ausgesprochen schwierig, daraus konkrete politische und wirtschaftliche Maßnahmen zu entwickeln und zügig Schritte hin zu klimaverträglichen und gerechten Gesellschaften zu gehen. Wie so oft scheiden sich die Geister an der Frage „Wer soll das bezahlen?“

Diese Frage stellt sich allerdings erst an zweiter Stelle und sie stellt sich möglicherweise anders, wenn eine andere Frage geklärt ist, nämlich die, um welche Kosten es sich überhaupt handelt und wie sie entstehen, bzw. wer sie wie verursacht. Klimastabilität, Biodiversität, Schutz der Weltmeere, wertvolle Ackerböden

sind globale Gemeingüter, für die es keine Marktpreise gibt. Schäden und damit teilweise quantifizierbare Kosten entstehen dort, wo sie zu intensiv und ohne Rücksicht auf die Folgen genutzt werden. Nicht ohne weiteres quantifizierbar sind die humanitären und sozialen Schäden, die in diesem Kontext durch die Verletzung von Menschenrechten, die Vernichtung von Lebensraum und die Destabilisierung von Gesellschaften entstehen.

Kosten, die nicht von denjenigen getragen werden, die sie verursachen, werden als negative externe Effekte oder externe Kosten bezeichnet. Sie in wesentlich größerem Umfang zu erfassen und zu internalisieren und damit in wirtschaftliche und politische Entscheidungen einzubeziehen, ist eine wesentliche Herausforderung für eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik – und eine bis heute weitgehend ungelöste Aufgabe. (Zu den Problemen in Zusammenhang mit wettbewerbsbedingten externen Kosten siehe auch die Beiträge von Damian Ludwig und Brigitte Bertelmann in Perspektiefe Nr. 32, 2013.)



Quelle: © Jacoby & Stuart

**Langfristig denken, heute handeln**

Neben den wettbewerbsrechtlichen Herausforderungen steht auch der lange Zeithorizont, der bei Fragen der Nachhaltigkeit zugrunde zu legen ist, einem stärkeren Kostenbewusstsein im Wege. Im 2006 veröffentlichten Stern-Report, der sich im Auftrag der britischen Regierung mit den langfristigen Folgen der globalen Erwärmung befasste, wurde festgestellt, dass zur Vermeidung einer weiteren Erderwärmung über 2 bis 3° C hinaus ab sofort jährliche Investitionen von ca. 1% des BIP weltweit erforderlich wären. Diese müssten sowohl in die Umsetzung bereits heute technisch möglicher Maßnahmen zur Reduzierung des Verbrauchs an fossilen Energieträgern eingesetzt werden, wie auch in die Forschung und Entwicklung von Produktionsverfahren, Verkehrssystemen, Gebäudebau und -betrieb, Konsummustern aber auch politischen und sozialen Institutionen und Strukturen, die sich schrittweise aus der Abhängigkeit der auf fossile Energieträger aufbauenden kurzfristig ausgerichteten Wachstums- und Wettbewerbspolitik lösen. Allein für den Bundeshaushalt würde dies ein zusätzliches Investitionsvolumen von knapp dreißig Mrd. bedeuten, für die EU ca. 130 Mrd. Euro. Der Frage, ob wir uns das leisten können, steht dabei die Frage entgegen, ob wir es uns leisten können und wollen, diese Investitionen heute nicht zu tätigen. Nicholas Stern hat die Schäden und Kosten für

diesen Fall auf mindestens 5%, bei einer breiteren Berücksichtigung der durch den Klimawandel ausgelösten Schäden sogar auf bis zu 20% des globalen BIP geschätzt. Bei aller Unsicherheit, die mit solchen Schätzungen verbunden sind, macht diese Relation deutlich, dass wir bei einer längerfristigen Betrachtung nichts sparen, wenn wir heute an Investitionen in Nachhaltigkeit sparen, dass wir aber nachfolgenden Generationen, die wir heute angeblich schützen und entlasten wollen, viel ersparen können, wenn wir jetzt damit beginnen. In die Frage der gerechten Verteilung der damit verbundenen finanziellen Belastung müssen sowohl Fragen nach der Verursachung der aktuellen Situation wie auch die der Leistungsfähigkeit und des Rechts der nachholenden Entwicklung einbezogen werden. Zukünftiges wirtschaftliches Wachstum ist damit keineswegs grundsätzlich ausgeschlossen. Entscheidend wird sein, dass auch die Anpassungskosten gerecht verteilt werden. Die Gliedkirchen der EKD beteiligen sich an der Suche nach tragfähigen Lösungen auf vielen Ebenen, wie z. B. durch ihr Engagement im Klimaschutz oder beim nachhaltigen Einkauf oder als Träger des Ökumenischen Prozesses „Umkehr zum Leben“.



»Der Frage, ob wir uns das leisten können, steht dabei die Frage entgegen, ob wir es uns leisten können und wollen, diese Investitionen heute nicht zu tätigen.«

Dr. Brigitte Bertelmann

Dr. Brigitte Bertelmann | Referat Wirtschaft und Finanzpolitik  
im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung

**INTERVIEW**

## Priorität für hohe ökologische und sozialethische Standards

Interview mit Joachim Fröhlich, Bereichsleiter Vermögensmanagement der Evangelischen Kreditgenossenschaft eG

»Als eine der ersten deutschen Banken hat die EKK bereits 1991 mit der Auflegung des Öko-Aktienfonds eine Vorreiterrolle bei nachhaltigen Geldanlagen übernommen.«

Joachim Fröhlich

**Sie bieten Ihren Kundinnen und Kunden Sparkonten, Fonds und andere Geldanlagemöglichkeiten an. Wie unterscheiden Sie sich als „Bank mit christlichen Werten“ von anderen Banken?**

**Joachim Fröhlich:** Als genossenschaftlich organisierte Kirchenbank tragen wir Verantwortung für unsere Mitglieder und Kunden. Dieser Verantwortung kommen wir durch unser nachhaltiges Geschäftsmodell nach, das sich an christlichen Werten orientiert. Christliche Werte bilden die Basis unserer Geschäftsbeziehung. Kundeneinlagen und Kundenverbindlichkeiten bei der EKK bleiben, mit Ausnahme der Eigenanlagen, vollständig im Finanzkreislauf von Kirche und Diakonie. Die EKK betreibt eine langfristige, auf Nachhaltigkeit fokussierte Geschäftspolitik und richtet sich nicht an kurzfristigen Zielen, insbesondere Gewinnmaximierung, aus. Die EKK ist keine „Managerin des Augenblicks und der kurzfristigen Spekulationen“. Durch unser

Geschäftsmodell „Kirchenbank“ haben wir kein gewerbliches Kreditgeschäft mit den üblicherweise erhöhten Margen, aber auch erhöhten Risiken. Im Gegensatz dazu finanzieren wir ausschließlich Projekte in Kirche und Diakonie. Unser ebenfalls darauf ausgerichtetes Privatkundengeschäft ist ein weiterer stabilisierender Faktor unseres Geschäfts. Es ist uns vielmehr wichtig, durch eine werthaltige, nachhaltige Geschäftspolitik und eine auf die Interessen unserer Kunden und Mitglieder zugeschnittene Strategie langfristig Vertrauen aufzubauen.

**Die EKK hat die Kriterien der Vereinten Nationen für verantwortungsvolle und nachhaltige Geldanlagen unterzeichnet. Was bedeutet Nachhaltigkeit für Sie?**

**Fröhlich:** Durch die Unterzeichnung der Prinzipien der Vereinten Nationen für nachhaltiges und verantwortungsvolles Investment (UN|PRI) verpflichten wir uns im

»Bei der Anlage (...) achten wir auf die Einhaltung ökologischer und sozial-ethischer Standards sowie auf die Wahrung der Menschenrechte durch die Emittenten.«

Joachim Fröhlich

besten und nachhaltigen Interesse der Gesellschaft verantwortungsbewusst zu agieren. Nachhaltigkeit basiert auf den drei Säulen der ökonomischen, ökologischen und sozial-ethischen Verantwortung. Bei der Anlage von Geldern von unseren Eigen- und Kundeneinlagen achten wir auf die Einhaltung ökologischer und sozial-ethischer Standards sowie auf die Wahrung der Menschenrechte durch die Emittenten. Dies geschieht mit Hilfe des EKK-Nachhaltigkeitsfilters, der die unterschiedlichen Anlagemöglichkeiten, wie Anleihen von Staaten, Banken und Unternehmen sowie Aktien, nach diesen Kriterien umfassend bewertet und gegebenenfalls ausschließt. Dabei können die drei Bereiche Umwelt, Soziales und Governance beurteilt werden. Mit dem Einsatz des Nachhaltigkeitsfilters wird sichergestellt, dass die Investments sozial verträglich, ökologisch und generationengerecht erfolgen. Als eine der ersten deutschen Banken hat die EKK bereits 1991 mit der Auflegung des Öko-Aktienfonds eine Vorreiterrolle bei nachhaltigen Geldanlagen übernommen.

### Wie überprüft die EKK die Einhaltung ethischer und nachhaltiger Kriterien durch Unternehmen, die Bestandteil der von Ihnen angebotenen Fonds sind?

**Fröhlich:** Als Basis für die Analyse und Bewertung der Emittenten nutzt die EKK die Systematik und Kompetenz des (Nachhaltigkeits-) Researchanbieters imug (Institut für Markt-Umwelt-Gesellschaft)/EIRIS. In die imug-Bewertung fließen neben öffentlich zugänglichen Daten auch Informationen von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen, wie Menschenrechts- und Naturschutzorganisationen, Gewerkschaften sowie von politischen, kirchlichen und sozialen Institutionen

ein. Die analysierten Unternehmen werden von EIRIS und Partnern laufend überprüft. Die imug GmbH hat im Jahr 2002 einen Qualitätsstandard verabschiedet, der die Unabhängigkeit, Nachvollziehbarkeit und Qualität der Unternehmensanalysen gewährleistet. Der EKK-Nachhaltigkeitsfilter wurde im Rahmen der EMASplus-Zertifizierung durch den Gutachter überprüft und bestätigt.

### Fördert die EKK im Rahmen ihrer Investitions- und Finanzierungsentscheidungen bewusst Unternehmen, die hohe Nachhaltigkeitsstandards umsetzen?

**Fröhlich:** Die drei Säulen der Nachhaltigkeit (ökologisch, ökonomisch und sozial-ethisch) stellen die Grundlage dar, die die EKK in ihrem täglichen Geschäft in Bezug auf Nachhaltigkeit leiten.

Institutionelle Kunden der EKK kommen aus den Bereichen Kirche, Diakonie und freie Wohlfahrtspflege. Aufgrund dieser Zielkundenstrategie fördert die EKK per se nachhaltige, die entsprechenden Standards einhaltende, Unternehmen. Aus der Perspektive des Finanzierungsobjektes haben in der Regel die Säulen ökologisch und sozial/ethisch Vorrang. Die ökonomische Perspektive spielt erst bei der Finanzierung eine größere Rolle.

Die Fragen stellten Dr. Brigitte Bertelmann und Margit Befurt

## LINKS UND MEDIEN

## Tipps zum Weiterlesen

**Die Große Transformation: Klima – Kriegen wir die Kurve?**  
Jakoby & Stuart, Berlin, 2013,  
[www.trafo-comic.blogspot.de](http://www.trafo-comic.blogspot.de)  
[www.wbgu.de/comic-transformation](http://www.wbgu.de/comic-transformation)

**Harald Welzer: Selbst denken.**  
Eine Anleitung zum Widerstand,  
S. Fischer Verlag, Frankfurt, 2013

**Wissenschaftsjahr 2012. Zukunft der Erde**  
Weitere Informationen:  
Büro Wissenschaftsjahre,  
Projektträger im DLR,  
Rosa-Luxemburg-Straße 2,  
10178 Berlin,  
oder: [www.zukunftsjahr-projekt-erde.de](http://www.zukunftsjahr-projekt-erde.de)  
Hier gibt es Lern- und Arbeitsmaterial für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

**Auf geht's! Den Wandel gestalten.**  
Für eine nachhaltige Gesellschaft.  
Projekt der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.  
[www.aufgehts.zgv.info](http://www.aufgehts.zgv.info)

**Virtuelle Akademie Nachhaltigkeit der Universität Bremen**  
<http://wit.va-bne.de>  
Studierenden und Hochschulen werden frei zugängliche und kostenfreie Online-Lehrveranstaltungen zum Thema Nachhaltigkeit angeboten.

**Umwelt im Unterricht**  
[www.umwelt-im-unterricht.de/hintergrund/planen-und-handeln-für-die-zukunft](http://www.umwelt-im-unterricht.de/hintergrund/planen-und-handeln-für-die-zukunft)

**Bildung für nachhaltige Entwicklung. Weltdekade der Vereinten Nationen 2005 – 2014**  
[www.bne-portal.de/aktuelles/jahresthema-2014](http://www.bne-portal.de/aktuelles/jahresthema-2014)

**Climate Time Machine**  
Die NASA hat ihre Website zum Klimawandel um eine virtuelle Zeitmaschine erweitert.  
Zu sehen sind die Auswirkungen steigender Meeresspiegel, Temperaturanstiege oder die Zunahme der CO<sub>2</sub>-Emissionen.  
[http://climate.nasa.gov/interactives/climate\\_time\\_machine](http://climate.nasa.gov/interactives/climate_time_machine)

Die Bebilderung dieser Perspektive stammt aus dem Buch „Die Große Transformation. Klima – Kriegen wir die Kurve?“ (siehe Abbildung rechts) mit freundlicher Genehmigung des Verlages.



# Gesellschaftsvertrag für ein Leben in Fülle

## Kirchen gestalten den Wandel mit



»Der neue Gesellschaftsvertrag berührt Bereiche, die zu den Kernkompetenzen von Kirche gehören.«

Klaus Heidel

→ Vor rund drei Jahren hat der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen einen „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ vorgeschlagen: Angesichts des Klimawandels müsse es zu einer neuen (fiktiven) Übereinkunft zwischen Bürgerinnen und Bürgern, dem Staat und internationalen Organisationen darüber kommen, wie unterschiedliche Wege einer nachhaltigen Entwicklung gegangen werden sollten. Die aus der frühen Neuzeit stammende Idee eines Gesellschaftsvertrages ist ein Bild für die demokratisch geregelte Aufgabenverteilung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern eines Landes und ihrem Staat. Diese Aufgabenverteilung, so die These des Expertengremiums, müsse angesichts globaler Krisen in Zeiten des Klimawandels neu gestaltet werden. Zu vereinbaren sei, welchen Wandel wir brauchen und wie er zu erreichen sei. Doch was geht das die Kirchen an?

I. In der Kirche geht es seit jeher um Wandel und Verwandlung und dabei immer ums neu werden: „Siehe, ich mache alles neu“, heißt es in Offenbarung 21,5 von dem, „der auf dem Thron saß“. „Komm, Heiliger Geist, erneuere die ganze Schöpfung“ lautete das Motto der siebten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Canberra 1991. Das Motto der neunten Vollversammlung in Porto Alegre 2006 griff diesen Ruf auf: „Gott, in Deiner Gnade, verwandle die Welt.“ Und in einem neuen Papier des Ökumenischen Rates der Kirchen zu Mission und Evangelisation steht der steile Satz: „Die Kirche ist eine Gabe Gottes an die Welt, um die Welt zu verwandeln und dem Reich Gottes näherzubringen.“

Kirchen haben also etwas in einen Gesellschaftsvertrag zur Gestaltung des notwendigen Wandels einzubringen: Vorschläge für die Richtung des Wandels nämlich, und die ist das Reich Gottes, die ist sein Schalom, die unaufgebbare Einheit von Friede, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung also.

Hierbei wissen Kirchen, dass auch sie es sind, die sich zu wandeln haben. Gerade in der Reformationsdekade

werden wir daran erinnert: *ecclesia semper reformanda* – wenn sich Kirchen aufmachen, um den Wandel zu gestalten, werden sie sich aufmachen für Neues.

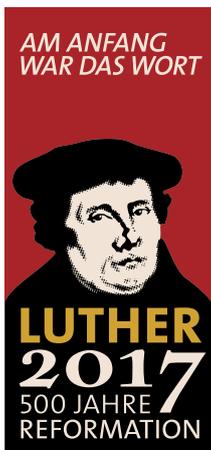
II. Der neue Gesellschaftsvertrag berührt Bereiche, die zu den Kernkompetenzen von Kirche gehören, denn: „Der Gesellschaftsvertrag kombiniert eine Kultur der Achtsamkeit (aus ökologischer Verantwortung) mit einer Kultur der Teilhabe (als demokratische Verantwortung) sowie mit einer Kultur der Verpflichtung gegenüber zukünftigen Generationen (Zukunftsverantwortung)“, so das zitierte Beratergremium der Bundesregierung.

Es geht also in dreifacher Weise um kulturellen Wandel: Wie können wir unsere Lebens- und Wirtschaftsweisen ausrichten an einer *Kultur der Achtsamkeit* der ganzen Schöpfung gegenüber? Zu einer solchen Kultur sind wir von Gott aufgerufen. Angesichts der Verletzung planetarischer Grenzen erinnerte daher die EKD-Synode 2008 an die dem Menschen von Gott gesetzten Grenzen. „Ich bin nicht Herr und Herrin der Welt, auch nicht in meinem Haus, meinem Garten, meiner Familie oder Kommune. Die Frage nach den Grenzen meiner Möglichkeiten begleitet mich täglich als eine Frage des Schöpfers an mich: Was erlaubst du dir?“

Wie verwirklichen wir eine *Kultur der Teilhabe*, so dass die Richtung des Wandels nicht von den Mächtigen und Reichen bestimmt wird? Als Kirche treten wir für „Gerechte Teilhabe“ ein, so eine Denkschrift des Rates der EKD aus dem Jahre 2006. Es geht darum, Räume zu schaffen, in denen auch sozial Ausgegrenzte zu Wort kommen und Möglichkeiten zur Mitwirkung an der Gestaltung des Wandels erhalten.

Schließlich geht es im neuen Gesellschaftsvertrag um eine *Kultur der Verpflichtung*: Wie wirkt sich unser Handeln, wie wirkt sich unser Lebensstil aus auf Menschen in anderen Teilen der Welt, wie auf die Chancen künftiger Generationen, wie auf die Welt unserer Kinder? Hier steht der notwendige kulturelle Wandel vor einer besonders großen Aufgabe: Wie können wir, wie kann unsere Gesellschaft lernen im Blick auf räumliche und zeitliche Ferne? In diese Suche können wir als Kirche unsere reiche ökumenische Erfahrung einbringen.

Ein solcher dreifacher kultureller Wandel braucht eine positive Vision vom Leben, er braucht Zuversicht und Mut. Als Kirche erinnern wir daran, dass uns Christus ermutigt hat: „Ich bin gekommen, damit sie das Leben haben und in Fülle haben.“ (Johannes 10,10)



Klaus Heidel | Werkstatt Ökonomie e.V., [www.woek.de](http://www.woek.de)